

## Auszug aus FORVM bei Context XXI

(http://contextxxi.org/das-ende-der-gemuetlichkeit.html)

erstellt am: 24. Oktober 2020

Datum dieses Beitrags: Juni 1994

# Das Ende der Gemütlichkeit

## Die ordentliche Planungspolitik des III. Reiches – 4. Teil

■ FRANZ UNTERSMAJR

Die ersten drei Teile dieser Untersuchung erschienen in den Heften November und Dezember 1993 sowie im April 1994; jede Folge ist für sich verständlich und setzt die Kenntnis der vorhergehenden nicht voraus. - Red.

Eingedenk dessen, wem der »humane« Ordner eine »diffizile« Behandlung zugesteht, nimmt es nicht Wunder, daß die Zone der Gemütlichkeit von der Ordnung endgültig verlassen wird, wenn sie sich in die Bezirke außerhalb des Gürtels begibt, denn dort »dominieren« »eindeutig« die »hohen Mietkasernen« (Planko S. 52):

In diesen Mietskasernen wurden in den Kellern und Höfen vielfach Werkstätten aller Art eingebaut; bei einer so intensiven Ausnutzung der Grundstücke und unter den damaligen städtebaulichen Auffassungen, die *nur* auf eine *äußerliche Regulierung* der Straßenfronten gerichtet waren, konnte sich kein eigener Typ zeitgemäßer Werkstätten und Betriebsbauten entwickeln.

Das *Übel* ist bezeichnet: es liegt an einem *Mangel, an zuwenig Ordnung* an zuwenig Reglementierung und Typisierung. Hätten sich die Zeiten »schrankenloser Baufreiheit« nicht nur an »äußerlicher Reglementierung«, sondern wie spätere Zeiten an »umfassender« versucht, dann hätte bestimmt ein eigener Typus »zeitgemäßer Werkstätten« entwickelt und der städtebaulichen »Not« mit ihrer »lawinenartig zuwandernden Bevölkerung« (Planko S. 39) rechtzeitig der Garaus bereitet werden

können. So aber wurde, wie man weiß, erst recht »strenge« Ordnung nötig ...

Aber vorerst »verewigt selbst die Wiener Bauordnung noch den »äußerst unzweckmäßigen Typus des Massenmiethauses mit Keller- und Hofwerkstätten« (Planko S. 52), »wo die Wohnungen heute zwischen dem Lärm der Verkehrsstraßen und dem Lärm der Werkstätten, Parkplätze, Garagen und Tankstellen in den Höfen eingekeilt sind. Drei Viertel der Wiener Bevölkerung wohnen in solchen »gemischten Baugebieten« (ebd.) — die Mehrheit der Bevölkerung also; es wird interessant, zu wessen Gunsten Rainer das Problem zu lösen gedenkt. Interessant die Wende, die er schafft:

Diese Mischung aus Wohnungen und Werkstätten in einem Gebiet stört selbstverständlich nicht nur die Wohnungen ...

[Anm: Man beachte die Verdinglichung: nicht Menschen, sondern »Wohnungen« werden gestört — so »schafft« der Ordner die Wende!]

... immer empfindlicher; auch die in solchen Großhäusern eingebauten Betriebe können sich hier nicht den heutigen Bedürfnissen der Produktion und des Transports anpassen. (ebd.)

Da muß der Ordner tätig werden und die Entwicklung »in räumlich gesunde Bahnen« lenken (S. 72)

Der Ordner hat da so seine »gesunde« Idee. Er weiß da etwas Entscheidendes:

Die Störung der Wohngebiete durch Fabriken ist sehr verschieden. (S. 53)

Woraus sich ergibt:

Das Studium der Entwicklung [sic!] städtischer Arbeitsstätten zeigt also, daß die früher als besonders störend erscheinende

] Großindustrie die Umgebung vielfach [ wenig belästigt und die Luftverunreinigung durch Fabriken vermutlich in Zukunft mehr und mehr vermieden werden kann. (ebd.)

Wir ahnen schon, worum's da geht: In Sachen »Mischung von Wohnungen und Werkstätten« soll da jemandem etwas »schmackhaft« gemacht werden — eingeschoben war nämlich nach den »Transport- und Produktionsproblemen« der Betriebe: »Daneben sind ... große Fabriken ... am damaligen Stadtrand entstanden« (S. 52) und fortgesetzt wurde:

daß sich in den letzten Jahren Zeichen einer neuen Randwanderung der Wiener Industrie (ebd.)

bemerkbar machten. — Das »Problem« ist alt: *die Leute ziehen nicht mit*. Auch wenn der Ordner noch so oft von einer ohnehin schon »seit Jahrzehnten feststellbaren Bevölkerungsverschiebung« spricht, sind nach wie vor drei Viertel der Bevölkerung »im dicht verbauten Stadtgebiet« massiert (Planko S. 17); hingegen sind am Stadtrand »die als Wohngebiete gewidmeten Flächen ... vielfach nur sehr teilweise besiedelt« (Planko S. 64)

Da muß nachgeholfen werden: Der Ordner »erhöht« die »Anziehungskraft noch wesentlich« (Planko S. 53) und stellt sogar der *Großindustrie* ein anzügliches

»Gesundheitszeugnis« aus (ebd. )

Schorr, Rainers Mentor in Cityfragen aus der Nazizeit, zeigt vor, wie das Problem zu lösen ist:

... die Entscheidung [kann] nur zugunsten der Wirtschaft lauten« [1]

Interessant, ob Rainer sich heutzutage etwas anderes einfallen läßt. Er argumentiert wie folgt:

Dagegen stellen die in den dichten Wohngebieten eingestreuten zahllosen kleinen und mittleren, oft arbeitsintensiven Gewerbebetriebe weitaus schwierigere Aufgaben [als die gemäß Rainer gar nicht mehr so ungesund »erscheinende Großindustrie«, Anm. E.U.] Diese können selbstverständlich [!] nicht durch eine generelle, großräumige Entmischung, durch Ab- oder Umsiedlung ... gelöst werden; die Verflechtungen ... sind so vielfältig, daß radikale Umsiedlungen die Betriebe ihrer Standortvorteile, ihrer lebenswichtigen betriebswirtschaftlichen Beziehungen berauben, dadurch unter Umständen an den Rand des Ruins bringen und so das Wirtschaftsleben der Stadt schwer schädigen würden. (Planko S. 53)

Mit der möglichen Schädigung des Wirtschaftslebens ist der Punkt erreicht, der die *politische Entscheidung* des Raumordners in die bestimmte Richtung fallen läßt. Ab diesem Punkt wird klar, für welche Seite der »Gemengelage« die unmögliche »radikale Umsiedlung« möglich wird: Nicht die, die stören, werden ab- oder umgesiedelt, sondern die durch die Betriebe Beeinträchtigten — die Menschen.

Triert auf Seiten der Betriebe des Planers Sprache nur so von »diffizilem« Verständnis, so hat er für die durch die Betriebe gestörten Menschen und ihre Lebensbedingungen nur Worte wie »Deklassierung«, »Überalterung«, »Entleerung« (Planko S. 73), »Entkernung« und »Entwertung« sowie »planmäßig zu fördernde Bevölkerungsver-schiebung (ebd. S. 21) übrig.

Weil aber noch immer nicht ist, was nach des Planers Option an »Bevölkerungsver-schiebung« ohnehin schon »seit Jahrzehnten feststellbar« (S. 72) sei, wird mit umfänglichen städtebaulichen Anziehungs- und Schwerekraftübungen ordentlich nachge-

holten: »Subzentren« sollen befördern, was noch immer nicht ist, aber der Planer so will.

Noch ein Blick zurück zu jenem Wohnungswesen, das des Ordners vehementes Unbehagen so richtig hervorgerufen hat: die *Mietskasernen*.

## Die Verräumlichung der Wirklichkeit als Verwirklichung des Parteiprogramms

Sicherlich zu Recht sieht Rainer die Entstehung »der Wiener Zinskaserne« als einen »Mißbrauch des Wohnbedürfnisses für spekulative Zwecke« (Planko S. 42). Allerdings wird aus der klaren, auf den Gegenstand bezogenen Kritik bei Rainer gleich mehr:

... ein fast uferloses, kaum gegliedertes Meer von Mietskasernen mit *finsternen Hinterhöfen* ..., ein technisierter, naturferner, maßlos angewachsener Stadtmechanismus, dessen gesundheitliche Auswirkungen auf die Bewohner zwar frühzeitig erkannt und bekämpft worden sind, mit dessen psychischen Folgen wir uns aber noch auseinandersetzen haben. (ebd. )

Wenn an und für sich berechtigte Kritik an gesellschaftlichen Mißständen so über ihren Gegenstand hinaus bis »fast« ins »Uferlose« geht, erscheint es uns angebracht, sie etwas näher zu betrachten. Versuchen wir, den immanenten Grundlagen der Kritik nachzugehen, dann werden wir — wie bereits so häufig bei Rainer — in die »Zeit des Dritten Reiches« verwiesen: In seiner programmatischen Schrift »Gesundung der großstädtischen Massenquartiere« des Jahres 1940 legt Rainer seinen »Gesundungsvorschlägen« folgende bemerkenswerte »Diagnose« zugrunde — womit wir gleichzeitig, aber auch nachhaltig wieder an die im Planko S. 42 (s.o.) angezogenen »psychischen Folgen« und »gesundheitlichen Auswirkungen« dieses Wohnungswesens erinnert werden:

In den unwürdig kleinen, schlecht belüfteten und belichteten *Massenquartieren der Zinskaserne* war sie [die Bevölkerung] stärker zusammengedrängt als in den mauerumgürteten Städten der Renaissance, und die *zuströmenden Arbeitermassen* wurden bald zu einem *besitz- und heimatlosen Proletariat*. Wir haben die

gesundheitlichen, moralischen und politischen Folgen dieses Wohnungswesens erlebt. [2]

Setzen wir noch dazu, was Rainer zuvor im selben Absatz unter Berufung auf vorbürgerliche (!) Zeiten sozusagen als vorbildhaftes »Gegenmodell« anführt, so gewinnen wir einen exemplarischen Einblick in das *Gesellschaftsbild* eines in Architektur ausgebildeten, in *Sozialordnung* aber *dilettierenden* »Raumordners«:

Jene Zeit hat ihren neuen Bewohnern jedoch ganz andere Behausungen geschaffen als die vorhergehenden Zeiten ... Sowohl in den aufblühenden mittelalterlichen Städten als auch in den Gründungen und Erweiterungen der Landesfürsten ist die große Masse der benötigten Kleinwohnungen in Form des damals noch selbstverständlichen *Einfamilienreihenhauses* errichtet worden, so daß die neuen Einwohner alsbald auf ihrem eigenen Grund und Boden Bürger der Stadt wurden. Noch 1915 war die Wohnung des Arbeiters in den deutschen Industriestädten das kleine Reihenhaus mit Garten. (ebd. S. 670)

Läßt also Rainer in Mittelalter und Absolutismus »die neuen Einwohner« durch das »Einfamilienreihenhaus« mit »eigenem Grund und Boden« zu »Bürgern« werden und kann er selbst »noch 1815« wegen des »kleinen Reihenhaus[es] mit Garten« vom »Arbeiter« sprechen, so werden seiner Darstellung nach in den »Massenquartieren der Zinskaserne« die »zuströmenden Arbeitermassen« »bald« zu »einem besitz- und heimatlosen Proletariat«.

Rainer »versteht« es also, komplex ablaufende sozioökonomische Prozesse wie die der »Verbürgerlichung« oder der »Proletarisierung« auf *Funktionen räumlicher Strukturen*: der »Behausung«, zu reduzieren.

Das selbe Denkmodell der *Verräumlichung sozialer Prozesse* dient dem ausgebildeten *Architekten* in seiner Funktion als *Raumordner* nicht nur zur Erklärung sozialer Abläufe, sondern auch zur Schaffung entsprechender räumlicher Umwelten, die die entsprechenden sozialen und ökonomischen Verhaltensweisen bewirken sollen (vgl. Planko S. 7, 8 etc.).

*Gesellschaft* und *Geschichte zu verräum-*

lichen, d.h. auf die Funktionen räumlicher Strukturen zu bringen, das war das gesellschaftspolitische Ziel des *Faschismus*, das er gerade durch »Raumordnung« anstrebt und realisieren wollte, durch ein gesellschaftliches Regelungsverfahren, das bereits methodisch im Ansatz und verfahrensmäßig in der Durchführung auf dem Prinzip der *Verräumlichung sozialer und Ökonomischer Prozesse* beruht.

Dieses Denken in und Konstituieren von Räumen erfreute sich insbesondere im Faschismus allgemeiner Wertschätzung: So sah »das Reich« die »Raumordnung« als organischen Bestandteil der europäischen Neugestaltung«, [3] »bedeutete« »Raumordnung und Städtebau« bereits vom Ansatz her »die Verwirklichung des Parteiprogrammes«, [4] sah sich Hitler als »eigentlicher Architekt des 3. Reiches«, [5] ließ er sich als »größten Meister raumordnerischen Könnens der Weltgeschichte« [6] feiern, rangierten Architekten und Ingenieure als professionelle Gestalter von Räumen im Dritten Reich noch vor Ministern [7] und wurden — bis heute! — vornehmlich *Architekten* (und Absolventen *technischer Universitäten*) als »Planer« und »Ordner« der sozialen und ökonomischen wie auch ökologischen Bedingungen eingesetzt. [8]

Unseres Wissens hat sich Rainer bislang noch nicht von der angesprochenen »Verräumlichung« geschichtlicher und sozialer Prozesse verabschiedet: nach wie vor scheint er diesem Gesellschaftsbild anzuhängen — vgl. etwa sein Motto der »Behausungsfrage« — bzw. praktiziert er in Raumordnung dessen Verwirklichung als gesellschaftliches Konstitutionsprinzip.

## Rainer, der Wandelbare

Bestellte Vorworteschreiber wie C. Hackelsberger oder D. Steiner, die glauben, Rainer ausreichend zu kennen, dabei aber sein grundlegendes Oeuvre der NS-Zeit völlig unter den Tisch fallen lassen, heben gerne *Rainers Beharrlichkeit* und *Unveränderlichkeit* [9] jenseits aller gängigen Moden hervor. Daß dem nicht ganz so ist, daß also Rainer durchaus in seiner Meinung *wandelbar* und *anpassungsfähig* ist, zeigt sich in seiner Einstellung zu den *Wiener Gemeindebauten*.

Rainers Kritik an den »Zinskasernen«

war/ist — wie gezeigt — fundamental: Sie machten aus den »zuströmenden Arbeitermassen« ein »besitz- und heimatloses Proletariat«, [78[]] weil es dieser Wohnform nicht gelingt, die Menschen mit dem Boden zu »verwurzeln« (vgl. Zitat 50, wo sich Rainer Hitler voll und ganz anschließt:

Zu keiner Zeit hatte wohl das Wort des Führers größere Bedeutung: »Haltet das Reich nie für gesichert, wenn es nicht auf Jahrhunderte hinaus jedem Sprossen unseres Volkes sein eigenes Stück Grund und Boden zu geben vermag.)

Aber selbst bei den *Reformversuchen des Roten Wien* sieht der *Flachbau-Ideologe* Rainer noch lange *rot*: Die Wiener Gemeindebauten werden von Rainer in einen Topf mit den Zinskasernen geworfen. Erst als Rainer vom Magistrat Wien zum Wiener Stadtplaner bestellt wird, wird auch seine Haltung zu den Wiener Gemeindebauten moderater bzw. eine andere. 1940 formulierte Rainer seine Kritik an den Wiener Gemeindebauten noch beinhart und vernichtend:

Die *neuen Mietblöcke* stehen ebenso hart und fremd in der Landschaft *wie die alten Mietskasernen* der Gründerzeit. An vielen Stellen sind die letzten Möglichkeiten verbaut worden, Grünflächen in das Innere des geschlossenen bebauten Gebietes hereinzuführen. Sogar die Bebauung der »Schmelz« wurde fortgesetzt, und zwar unbegreiflicherweise von der Stadt selbst. [...] obgleich die Stadt ... eine großzügige Bodenvorratspolitik getrieben hatte, wurden die in diesem Grundbesitz liegenden Möglichkeiten nicht genützt, die aus ihm erwachsenden Verpflichtungen nicht erfüllt. Ebenso wie den städtischen Bauten fehlte naturgemäß auch dem privaten Wohnungsbau die planvolle, städtebauliche Lenkung. Man vermißt vor allem bis in die letzte Zeit jede zielbewußte Einordnung in die Landschaft, die gerade in Wien besondere Verpflichtung wäre. [10]

Diese von Rainer an den Gemeindebauten des Roten Wien geübte Kritik bleibt kein »zeitbedingter« Einzelfall. In seiner Schrift »Entwicklung des Wiener Wohnungsbaues« führt Rainer aus:

Die Stadt ging selbst an die Lösung der Wohnungsfrage heran. ... Eine Voraussetzung für die Finanzierung dieses Pro-

grammes bot das Mietengesetz ... Damit war praktisch der Hausbesitz fast völlig enteignet worden ... Nun durfte eine Erneuerung des Wiener Wohnungswesens erwartet werden ... Aber die Entwicklung hat gezeigt, daß man sich von den wohnungspolitischen und städtebaulichen Gesichtspunkten der vorangegangenen Zeit nicht zu lösen vermochte ... Schon die Wohnungsgröße knüpfte an den Maßstab der alten Mietskasernen an ... Zahllose solch winziger Einheiten in riesigen Blöcken übereinander gehäuft — das war jedoch *keine Wendung* im Wohnungswesen der Stadt, das war die *Fortführung* des durch Jahrhunderte überlieferten *Mietshausbaues*. ... Mit einem starken äußeren Aufwande an architektonischen Mitteln und Mittelchen sucht jeder einzelne Block alle Blicke auf sich zu lenken ... Der Gegensatz von Stadt und Land wurde so verschärft und viele Möglichkeiten einer planvollen Grünpolitik verbaut. Auf diese Weise hat der repräsentative *Mietshausbau* der Ringstraßenzeit sechzig Jahre später eine *sonderbare Nachfolge* gefunden. Wie die Ringstraße keinen Anschluß an die alten Bauten und Räume der Innenstadt und der Vorstädte finden konnte, so haben diese Bauten der Gemeinde Wien keine Beziehung zur Landschaft finden können. ... Das feudalistische Kaiserreich stand der sozialen Frage instinktos gegenüber, und zwanzig Jahre *Republik* haben erst recht *keine Besserung* gebracht, weil hier der Sozialismus nur *Schein* und *politisches Lockmittel* für die Massen war.

Und zu einer Zeit, als in Österreich die Verbrechen dieses Regimes schon allgemein bekannt waren, setzt Rainer fort:

Erst der *Nationalsozialismus* ... besitzt die *sittliche* [excl;] *Kraft*, nüchtern und offen die Zahlenergebnisse zu veröffentlichen, weil er der Aufgabe, die Wohnungsfrage zu lösen, nicht ausweicht, sondern sie nach dem Willen des Führers für seine vordringlichste Pflicht nach der Wehrhaftmachung hält. [11]

Und selbst nach 1945 wird Rainer an seiner fundamentalen Kritik an den Gemeindebauten des Roten Wien festhalten. In seiner »legendären« »Behausungsfrage« läßt Rainer wiederholt »die modernen Mietskasernen ... seit 1870 bis heute« reichen. [12] Als »abschreckendes« Beispiel zeigt Abb. 21:

Um 1930 entstandenes Mietshaus in einem Wiener Vorort (ebd.) —

— also zweifellos einen *Gemeindebau* des Roten Wien. Im Bildnachweis S. 123 erfolgt die Bestätigung zur Abb. 21:

*Neue Mietkaserne* am Wiener Stadtrand.

Sehr viel *positiver* nimmt sich Rainers Haltung gegenüber den Gemeindebauten aus, wenn er von der Gemeinde *Wien* zu deren *Stadtplaner* bestellt wird. Da heißt es dann z.B. im Planko S. 46:

Der wesentliche Vorzug dieser Wohnanlagen der Zwischenkriegszeit besteht zweifellos in der außergewöhnlich großzügigen städtebaulichen Gruppierung um sehr große, baumbestandene, ruhige Gartenhöfe mit Gemeinschaftseinrichtungen wie Kinderspielplätze usw., deren *große Vorzüge* gerade in letzter Zeit allgemein fühlbar werden.

Entgegen der vorgefaßten Meinung einiger Laudatoren zeigt Rainers gewandelte Einstellung zu den Gemeindebauten des Roten Wien, daß Rainer durchaus in der Lage ist, seine Meinung geänderten Bedingungen — wie etwa der Bestellung durch die Gemeinde — entsprechend anzupassen. Beobachten wir deshalb auch, ob es ihm in seinen zentralen Planungsvorstellungen ebenfalls gelingt, eine gewisse, etwa durch gewandelte Zeit- und Gesellschaftsumstände erforderliche Anpassungs- bzw. Innovationsfähigkeit an den Tag zu legen.

## Die Ordnung der Zwangsläufigkeit

Parlamentarische Demokratie geht davon aus, daß die Mitglieder der Ordnung am politischen Willensbildungsprozeß weitestgehend beteiligt, keinem ungesetzlichen Zwang und keinerlei staatlicher Bevormundung ausgesetzt werden. In Raumordnung, so stellte sich inzwischen heraus, wird sowohl das demokratiepolitische Prinzip der Mitbestimmung als auch das rechtstaatliche Prinzip der Mitwirkung glatt unterlaufen. [13] Bereits im Ansatz als auch im Ordnungsverfahren geht Raumordnung von der prinzipiellen *Disponibilität der Lebensbedingungen* der Bürger aus; um realisiert zu werden, ist sie let-

ztlich auf autoritative Durchsetzbarkeit angewiesen — ihre *Anfälligkeit für* und ihre *Nähe zu autoritären politischen Systemen* ist ihr damit von vornherein immanent. Ein Sachverhalt, der auch bei Rainer immer wieder durchschlägt und sich z.B. in seinen, dem NS-System entgegengebrachten Hoffnungen

(Gerade heute, wo wir am Beginn einer Arbeit stehen, die uns die Verwirklichung unserer siedlungspolitischen Absichten bringen soll ...) [14]

als auch in seinem Lamento über *mangelnde »Lenkung«* und *»Reglementierung«* zeigen (s. Fußnote 87, seine Kritik am *»Zeitalter schrankenloser Baufreiheit«* im Planko S. 42 usw.)

Raumordnung beruht auf *Zwang* wenn auch weniger der offenen, als vielmehr der subtileren Art — dies aber auch nur aus Nützlichkeits erwägungen (vgl. Fn. 72). In Raumordnung konnte sich staatliches Verwaltungshandeln — noch dazu der gestaltenden Art — seit den Zeiten des Faschismus bis heute von jeglicher Kontrolle selbst durch die betroffenen Bürger freispielen. Verwiesen wird dabei immer darauf, daß Raumordnung eine Verwaltungsmaterie sei, die nicht unter das Allgemeine Verwaltungsverfahrensgesetz (AVG) mit seinem *Parteienbegriff* falle, was aber nur insoweit stimmig ist, als *»Raumordnung«* seinerzeit vom AVG ja gar nicht erfaßt werden konnte, weil es dieses Regelungsverfahren *»Raumordnung«* bei Einführung des AVG noch gar nicht gab.

Raumordnung ist damit von vornherein in unserer politischen Kultur ein ärgerlicher *Fremdkörper aus autoritärer, faschistischer Zeit* — ein Ärgernis staatlicher Herrschaftsausübung ohne Kontrollmöglichkeiten durch die Bürger. Was bei solch unkontrollierter staatlicher Herrschaftsausübung alles möglich wird, das führt das Planungskonzept Wien ziemlich handgreiflich und bis zur Unterschiebung faschistischer Ordnungsmodelle vor.

Ist der *Raumordnung* also *Zwang immanent*, dann produziert zwangsläufig das angewandte Verfahren auch eine *entsprechende gesellschaftliche Ordnung* der Zwang und Gewalt innewohnt. Die in den geplanten/verplanten Städten bzw. Stadtteilen so häufig anzutreffende *Ge-*

*walt der Jugendlichen* z.B. wäre dann als eine Art diffuser *Gegengewalt* gegen die in der gebauten/verbauten Umwelt materialisierte *strukturelle Gewalt der »Ordnung«* des Raumes zu verstehen (beispielsweise mußte in dem von Rainer geplanten Linzer Stadtteil Anwesen wegen häufiger Krawalle aus Sicherheitsgründen das Granitsteinpflaster vor dem Jugendzentrum entfernt werden). Die *»Planung«* und *»Ordnung«* der gesellschaftlichen und ökonomischen Bedingungen mittels des Verfahrens der Raumordnung scheint immer mehr zu einem *unkalkulierbaren Gefahrenpotential* jeder demokratisch verfaßten Gesellschaftsordnung zu werden — verständlich angesichts der Herkunft der Raumordnung aus dem NS-System.

Mittels Raumordnung hat die politische Oligarchie die effektiven gesellschaftlichen Entscheidungen aus der politischen Sphäre in ihren geschlossenen Kreis verlagert. Damit allerdings *»wird das eigentliche Ärgernis der Herrschaft, die Inanspruchnahme individueller Verhaltensalternativen (und Ressourcen) ohne Rücksicht auf das aktuelle Einverständnis des Betroffenen«* [15] von einem politisch in Wahlen lösbaren Problem zu einem gesamtgesellschaftlichen Ärgernis mit entsprechend *systemkritischem Potential*. Wie sich zeigt, ist das Versagen der Problemlösungskapazität und -kompetenz seitens der Politik inzwischen so total geworden, wie ihr Ordnungsanspruch in Raumordnung umfassend gewesen ist. Das *Scheitern des omnipotenten Ordnungsanspruches* der Politik in Raumordnung ist inzwischen so evident, daß den großen politischen Parteien die Mitglieder davonlaufen und die Wähler abhanden kommen.

Verständlich, daß die Menschen kein Vertrauen mehr in ein politisches System haben können, das ihnen in *»Raumordnung«* *Zwangsläufigkeiten* wie in faschistischen Zeiten in der Ordnung ihrer gesellschaftlichen Belange zumutet. Selbst Protagonisten der Raumordnung in der erklärten Nachfolge des Stadtplaners Rainer müssen die Zwangsläufigkeit des Regelungsverfahrens *»Raumordnung«* einbekennen: H. Singer stellt in einem Buch, in dem sich die Wiener Stadtverwaltung *»ihren«* Bürgern vorstellt, die in Raumordnung praktizierte Zwangsläu-

figkeit mittels *Investitionslenkung* bzw. -*Verweigerung* und dadurch bezweckter *Verschlechterung der Lebensbedingungen* klar heraus:

Der »Unstadt«, wie man die zentrumslosen Siedlungsgebiete an den Stadträndern bisweilen nennt, wird hier durch weitgesteckte Planung entgegengewirkt. Denn mit den neuen Wohnbauten kommen auch Wohnkomfort, Schulen, Kindergärten und Volksbildungsstätten in diese kulturellen Notstandsgebiete. Den Bewohnern wird in kürzester [&excl;] Zeit bereits eine Umwelt geboten, die in anderen Stadtteilen, die zu dicht verbaut sind [— Fragt sich nur: für wen zu dicht? F.U.], noch lange [&excl;] Zeit auf sich warten lassen wird ... Eine statistische Untersuchung des überbesiedelten Bezirkes Ottakring hat ergeben, daß sich die Bevölkerung zwischen 1951 und 1961 um sechs Prozent verringert hat. Es wären [&excl;] sogar fünfzehn Prozent gewesen, hätte man nicht in diesem Zeitraum viele Neubauten im Bezirk aufgeführt. Es ist damit zu rechnen, daß durch die Schaffung neuer, anziehender Wohngebiete zwangsläufig [&excl;] eine Abwanderung aus den überdicht [&excl;] besiedelten Bezirken erfolgen wird. [16]

In keinem anderen gesellschaftlichen Bereich wäre eine solche *totale Verfügbarkeit* über Lebensbedingungen und Lebenschancen anderer noch möglich, wie sie in »Raumordnung« üblich ist. Schäfers und Podewils bestätigen, daß

nicht übersehen werden [darf], daß die *Wanderung* aus Innenstadtbezirken in städtische Randzonen *wohl kaum freiwillig geschieht* und Initiativen für eine grundlegende Verbesserung der Wohn- und Freizeit Verhältnisse im Innenstadtbereich den Wandervorgängen in Stadtregionen eine *andere Richtung* geben können. [17] —

Rainer aber hat dies bekanntlich nicht vor. Für ihn gilt nach wie vor »die Absicht der Raumordnung, die *Ballungsräume aufzulockern*« [18] — eine Absicht, mit der nationalsozialistische Raumordnung an die »Ordnung« von Gesellschaft, Staat und Wirtschaft getreten und letztlich unter ungeheuren Opfern daran gescheitert ist. Es fragt sich, ob zwei Jahrzehnte später so ein Entwicklungsmodell zur *herrschaftssichernden Enturbanisierung der Stadt* überhaupt

noch irgendeine beispielhafte Vorbildwirkung abgeben kann.

## Subzentren und der innere Gang

Als eines der wichtigsten Mittel, die Dezentralisation der Stadt zu bewirken und 400.000 Menschen aus den Innentadt-Bezirken an den Rand der Stadt zu bringen, setzt Rainer die »planmäßige Entwicklung von Bezirkszentren« (Planko S. 117) ein. Deren »Anziehungskraft« (Planko S. 53, ähnlich bereits in »Die zweckmäßigste Hausform ...«, Breslau 1944, S. 24) soll »planmäßig« »erhöht« werden:

Die Dezentralisation der Schwerpunkte im Inneren und die Stärkung der zentralen Funktionen in den Bezirken bedeutet eine von innen heraus in Gang gebrachte Auflockerung. (Planko S. 68)

»Bezirkszentren«, auch »Sub-« oder »Nebenzentren« genannt, stellen zusaugen die *Etappen der »Bevölkerungverschiebung« an den Rand* der Stadt dar. Ähnliches hat Rainer auch für die »Entwicklungsgebiete« vor:

Wenn es also besonders wichtig ist, in den Entwicklungsgebieten neben neuen Wohnungen auch entsprechend zahlreiche Arbeitsplätze zu schaffen, dann genügt dazu keineswegs die Ansiedlung von Industriebetrieben ..., vielmehr ist die Ansiedlung jener Vielfalt der gewerblichen und Handelsbetriebe, der freien Berufe und kulturellen Einrichtungen, der Vergnügungs- und Erholungsstätten nötig, die den inneren Bezirken ihren *anziehenden Reichtum* wirtschaftlicher, beruflicher, kultureller Möglichkeiten gibt — deshalb ist die Ausweisung und die Anlage von Gewerbegebieten, Geschäfts- und Verwaltungsgebieten, ist die Schaffung kommerzieller und kultureller Zentren nötig, also eine echte innere Dezentralisation! (Planko S. 54)

— Ein gigantisches Projekt der Um- und Neugestaltung der Stadt also; vgl. J. Umlauf, 1941:

... die Umgestaltungen [werden] in den meisten Fällen so tief greifen müssen, daß sei einer *Neugestaltung* fast gleichkommen. [19]

## Die Ambivalenz philosophischer Höhenflüge oder: Soll Wien NS-Prag werden?

Der von Rainer projektierte »Umbau« der Stadt (Planko S. 21) bezweckte, daß das, was in der inneren Stadt an »Urbanität« anzutreffen ist, auch in den äußeren Bezirken »werden« sollte. Dort also, wo Rainer »Kaufzentren« »neuen Typus« schaffen will, deren

um eine mittlere Fußgängerfläche gruppierte Läden ... ein ruhiges und unter Dächern geschütztes Flanieren vor den Auslagen [gestatten], während außerhalb hinter den Läden viele Parkplätze für die Kunden und Liefermöglichkeiten

zu finden sind, sowie

eine Vielzahl verschiedenartiger *Betriebsbauten* an den Verkehrsstraßen, die *Wohnungen* aber in durchgrüneten, verkehrssamen, hauptsächlich fußläufigen Ruhebezirken (Planko S. 54)

— welche »Art« von Urbanität sich in diesen Kauf- und »fußläufigen Ruhebezirken« entwickelt, ist abschätzbar: wieder ein Fall für bemühte, aber vergeblische Stadtteil-Belebung. Aber

wir wollen ja »Raumordnung« nicht um ihrer selbst willen (Planko S. 9),

— sondern: um die Leute *aus dem Zentrum der Macht* herauszubekommen. Das ist also Sinn und Zweck der diversen städtebaulichen Anziehungs- und Schwerkraftübungen zur Schaffung »anziehende[n] Reichtum[s] wirtschaftlicher, beruflicher, kultureller Möglichkeiten« (ebda S. 54). Der Aufwand hierfür ist sicherlich beachtlich. Kosten-Nutzen-Analysen wurden vorsichtigerweise gar nicht angestellt. Ob der Aufwand dafürsteht, kann daher von Rainer nicht beantwortet werden. Jedenfalls aber kam dieses Konzept der »Subzentren« zu philosophischen »Ehren« D. Steiner verdanken wir diesen Einfall, als er apodiktisch zu Rainer meinte:

Von ihm wurde die Philosophie der »Subzentren« formuliert, aufbauend auf der Selbständigkeit der alten Wiener Vororte und Vorstädte. [20]

Der vielsagende Untertitel der Lobrede, der das Zitat entstammt, lautete: »Das ambivalente Schicksal einer apodiktischen Lehre« (ebd). Der gute Lobredner und bestellte Vorwortschreiber, wenn der wüßte, was er da an ambivalenter »Lehre« apodiktisch in »philosophische« Höhen lobt!

Allerdings hätte auch Rainer die längste Zeit schon nett sein können zu seinem Laudator und ihm — und sich selbst — eine Peinlichkeit ersparen können ... Die »Philosophie« der Entwicklung von »Subzentren«, aufbauend auf der Selbstständigkeit von Vororten ist nicht neu und auch nicht von Rainer. Formuliert wurde sie als städtebauliches Entwicklungsmodell schon wesentlich früher und nicht für die besten Zwecke: In prononciert kolonialistischer Attitüde wurde dieses städtebauliche Entwicklungskonzept von den Nazis zu dem Zwecke ausgearbeitet, um aus Prag »endgültig« eine »deutsche« Stadt zu machen, wobei seinerzeit unter »Trabanten« und »Nebenkernen« das nämliche verstanden wurde wie heute unter »Nebencitys« und »Subzentren«. Landesrat R. Niemeyer, als Vorsitzender der NS-Akademie für Städtebau, Reichs- und Landesplanung sicherlich ein guter Bekannter von Rainer, formulierte seinerzeit:

Prag ist schon so groß, daß es in seinen Vororten ausgesprochene Trabanten entwickeln kann, die Arbeitsstätte und Wohnung, durch entsprechend breite Grünstreifen getrennt, enthalten. Ansätze zu solchen Nebenkernen sind schon vorhanden. [21]

Niemeyer war natürlich damals nicht alleine mit seiner dezentralen Entwicklung der Stadt über die Vororte oder Nebenkern. Er hielt sich nur an das, was die NS-Raumordnung für eines ihrer wichtigsten Ziele hielt und W. H. Blocker 1936 in dem Grundsatzartikel »Raumordnung« formulierte:

Wesentlich ist mir, daß eine *weitergehende Verstädterung des deutschen Menschen aufhört* ... [22]

So war es z.B. auch

erwünschter, daß sich eine größere Zahl solcher Mittelstädte bildet, als daß eine neue Großstadt entsteht oder eine vorhandene sich weiter vergrößert [23]

Um die weite Verbreitung der städtebaulichen Theorie von den »zentralen Orten« (W. Christaller), den Kernen und Unterkernen, Mittelpunkten und Nebenzentren, Zentren und Trabanten zu belegen, nur einige Fundstellen aus der NS-Zeit:

1937 deponierte G. Langen nachhaltig die »Forderungen der Nebenzentren« und sprach von der »Möglichkeit einer besseren Lösung [der Siedlungsfrage] durch Bildung selbständiger Siedlungskerne mit genügendem Raum für gut gelegene Einrichtungen des Gemeinschaftslebens«. [24]

Der Landesplaner H. Killus führte 1941 aus:

Je nach Größe der Stadt müssen die Kerne auch noch differenziert werden. Bei großen Städten wird man jeweils zwei bis drei Kerne einem größeren zuordnen und die größeren dem Hauptkern zuordnen. [25]

Auf der Jahrestagung 1938 bediente sich der Vorsitzende der Deutschen Akademie für Städtebau, Raum- und Landesplanung Niemeyer des Modells von »Kern«, um den »Nebenzentren« zu legen wären. [26]

Und auch der Landesplaner H. Dörr spricht in »Städtebauliche Grundsätze einer landschaftsverbundenen nationalsozialistischen deutschen Stadt« von »dem Stadtzentrum untergeordnete[n] Kerne[n] (Trabanten)«. [27]

Man sieht: Rainer befindet sich mit seinen heutigen »Subzentren« in »bester« nationalsozialistischer Gesellschaft; allerdings ist es denn doch etwas peinlich, wenn eine *NS-Städtebau-Theorie* heutzutage zum »zukunftssträchtigen« *Entwicklungskonzept einer Stadt* und sogar zu einer »Philosophie« erhoben werden kann.

Doch kehren wir an den Beginn der subzentralen »Philosophie« zurück: Rainer selbst war seinerzeit sichtlich beeindruckt von dieser *antiurbanistischen Theorie* der Beschränkung der »Verstädterung des deutschen Menschen«. Allerdings tastete er sich sozusagen von außen und nach kolonialem Vorbild an die dezentralisierte und enturbanisierende »Entwicklung« der Stadt Wien heran, um dann 1944 voll in das Entwicklungsmodell der *Deurban-*

*isierung* einzusteigen, was dann auch die Grundlage für die im *Planko Wien* 1961 projektierten »Subzentren« abgeben sollte.

Im letzteren Zusammenhang müssen wir allerdings eine kleine Anmerkung zu einem kleinen Wandel im Theoriegebäude Rainers, welches mancherorts als kontinuierlich und jenseits aller gängigen Moden hervorgehoben wird, nachschicken: Unter dem tiefen Eindruck, daß ob des fatalen Verlaufs des Krieges der Führer »vor allem eine zahlreiche Jugend, deren Körper durch den Aufenthalt im Freien gestählt ist«, [28] brauche, begründete Rainer seinerzeit die *besonderen »biologischen«* Vorteile seiner »Reihenhaus-Siedlungen« der Marke »Gartenstadt« im zu erwartenden »größeren Kinderreichtum« (ebd. S. 24). Worte in der Nähe von »Jugend hart wie Krupp-Stahl« führt Rainer heutzutage, in den Zeiten der allgemeinen Stahlkrise, natürlich nicht mehr im Mund, wenn er die Vorteile seiner »Gartenstädte« preist. Allein seine damaligen Versprechen löst er heute mit seinen »Gartenstädten« in Puchenau noch allemal ein — selbst bis zum »größeren Kinderreichtum«. [29]

Doch zurück zu den Anfängen von Rainers antiurbaner Theorie, mit einem gehörigen Schuß Vorbildnahme bei früherer Kolonisation.

Es wird die wichtigste Aufgabe des Wirtschaftsplanes für das Wohnsiedlungsgebiet Wien sein, die zukünftige Besiedlung im Raume Wien so zu lenken, daß ein weiteres Anwachsen des bisherigen großstädtischen Baugebietes ... verhütet wird. Die zahlreichen, mehr oder weniger selbständigen Wohn- und Industriesiedlungen im Wiener Becken sind ... durchaus geeignet, Wohn- und Arbeitsstätten aus dem allzu dicht gedrängten Baugebiet der Millionenstadt aufzunehmen. Schon zur Zeit Maria Theresias haben ja die landwirtschaftlich geringwertigen Flächen ... am Ostabfall der Alpen zur Kolonisation herausgefordert. [30]

1944 war Rainers Konzept der dezentralen Entwicklung der Stadt so weit ausgereift, daß es in seinen wesentlichen Zügen als Grundlage des Planungskonzeptes Wien dienen konnte:

Neben der Gesundung der Wohnverhältnisse gehört die bewußte Beschränkung der Stadtgröße zu den wichtigsten Aufgaben der planmäßigen Lenkung städtischer Entwicklung. Uferlose Ausdehnung macht die Stadt nicht nur unübersichtlich, sondern verlängert vor allem die Wege zu den Arbeitsstätten ebenso wie zu den Erholungsflächen am Stadtrand. Die gesünderen Lebensverhältnisse in kleineren Städten kommen in dem größeren Kinderreichtum dieser Städte besonders bedeutsam zum Ausdruck. Die Reichswohnungszählung hat gezeigt, daß die Familie, d.h. die *Kinderzahl*, um so größer ist, je kleiner die Stadt ist, in der sie wohnt. [Folgt entsprechende Statistik. F.U.] Wo immer Aufgabe und Eigenart des Raumes es zulassen, wird man darum grundsätzlich mehreren kleinen und mittleren den Vorrang vor einer großen Stadt geben. [Daher »Subzentren«! F.U.] Im Bereich großer Städte werden neue Wohngebiete darum nicht zur Aufnahme zuwandernder oder zuwachsender Bevölkerung geschaffen, sondern vielmehr zu dem Zweck, die in den zu dicht besiedelten Altbaugebieten ansässigen oder ansässig gewesenen Bewohner aufzunehmen. Sie dienen nicht dem Wachstum, sondern der Gesundung, d.h. der Auflockerung und Aussiedlung. [31] Die *Auflockerung* großstädtischer Baugebiete wird sich aber nur dann in jeder Beziehung *segensreich* auswirken, wenn zusammengehörige Wohn- und Arbeitsstätten gleichzeitig aus- bzw. angesiedelt werden, so daß sich mehr oder weniger selbständige, in sich abgerundete *Stadtteile* mit gesundem wirtschaftlichem und kulturellem Eigenleben entwickeln. [= das Konzept der »Subzentren«. F.U.] Nur so ist eine übersichtliche Gliederung der Baugebiete und die dringend nötige Verkürzung der Wege im Berufsverkehr und zu den Erholungsflächen zu erreichen. Umfangreiche Zerstörungen geben darüber hinaus Gelegenheit, auch zu stark ausgedehnte Altbaugebiete durch Freihaltung von Grünstreifen aufzugliedern. [32]

Wie die letzten Zeilen des Zitates zeigen, bleibt es uns nicht einmal erspart, selbst den nekrophilen Zynismus, der in den *Zerstörungen des Krieges* noch seine *letzten großen städtebaulichen Chancen* entdeckt, auf Rainers städtebauliche Konzepte der Nazi-Zeit zurückführen zu müssen. So sieht die »humane Städtepla-

nung« (Lexikon der Weltarchitektur, s. Fußnote 1, FORVM Nov. 1994, S. 39) Rainers im Vorwort zum Planko Wien 1961 noch immer in »schweren Kriegsschäden« auch »neue Möglichkeiten städtebaulicher Gestaltung erwachsen« und lamentiert der »Stadtplaner«, daß er

mit der Ausarbeitung eines »städtebaulichen Grundkonzeptes« für die nächsten 30-50 Jahre in einer Zeit beauftragt worden [sei], als der »Wiederaufbau« abgeschlossen war und *Kriegsfolgen keine städtebaulichen Chancen* mehr geboten haben. [33]

— Was ist das für eine »humane Städteplanung«, die sich Kriegsfolgen als »städtebauliche Chancen« ersehnt? Und was ist das für eine Politik, die solcher »Städteplanung« die politischen und finanziellen Chancen gibt, eine ganze Stadt nach ihr auszurichten?

Um uns aber nicht noch weiteren Planungskontinuitäten aus der Nazizeit im einzelnen befassen zu müssen — solche wären z.B. in der Verkehrsplanung, in der »Grünplanung«, in der Sistung von Kosten-Nutzen-Rechnungen, in den Siedlungsreihen, in der Heranführung der Stadt an die Donau (Hitlers Forderung!), in der Monumentalverbauung des Donauufers usw. zu finden — soll zum Abschluß der Analyse des Planungskonzeptes Wien Rainers Zielvorstellung von Stadt mittels eines kleinen »Planspieles« etwas näher betrachtet werden.

## Das Ergebnis der Ordnung ist die Bomben-Stadt

Das Ergebnis all der von Rainer im Planko Wien projektierten Auflockerungs-, Verdichtungs-, Anziehungs-, Entmischungs-, Entkernungs- und Verschiebungsübungen, all der Um-, Aus- und Neugestaltungsmaßnahmen sowie der mehr als 1000 »erledigten« Rechnungen (Planko S. 17) ist erschütternd — im Planko S. 57 führt uns der »Stadtplaner« das »Bild« der fertig »geordneten« Stadt vor:

Ein großer und wichtiger Teil der Arbeitsstätten dient als »zentrale Einrichtung« gemeinschaftlichen Bedürfnissen, und die richtige räumliche Lage dieser

Einrichtungen ist besonders wichtig, weil Märkte, Schulen, Ämter usw. starke Verkehrserreger sind, durch deren richtige Lage Verkehr gespart werden kann, und weil ihre zweckmäßige Zusammenfassung in *ausgeprägten örtlichen Schwerpunkten* eines der *wichtigsten Mittel zur wirksamen Aufgliederung der Städte in möglichst selbständige Einheiten* bildet — ein Ziel, das für den schrittweisen Umbau der vorhandenen Stadtteile mindestens so bedeutsam ist wie für die Planung der Erweiterungsgebiete.

Dieses »Bild« von »geordneter« Stadt ist deshalb so erschütternd, weil wir als »Ergebnis« der »städtebaulichen Ordnung« des Jahres 1961 das an »Stadt« vom raumordnenden »Stadtplaner« präsentiert bekommen, was »die deutsche Stadtplanung« in der »Erfüllung« ihres »klaren und umfassenden Auftrages«, ein *nationalsozialistisches Gemeinwesen* zu schaffen«, [34] vorhatte.

## Ein Textvergleich

1. Kurzfassung des Planungszieles von Rainers »Stadtplanung« gemäß Planko S. 57 und S. 68, 1961:

Bildung »örtlicher Schwerpunkte« zur »wirksamen Aufgliederung der Städte in möglichst selbständige Einheiten« zur »Entlastung der City« vom Verkehr (5. »Dezentralisierung der City«).

2. H. Dörr, »Grundlagen nationalsozialistischer Stadtplanung«, S. 272, 1941:

Aufgliedern der Wohnmasse in möglichst eigenstädtische Siedlungseinheiten, so daß neben dem Gewinn des örtlichen Gemeinschaftsgefühls eine verkehrliche und luftschutztechnisch erwünschte Entlastung der Innenstadt eintritt.

Der Textvergleich ergibt: Bis auf die Worte »und luftschutztechnisch« entspricht das von Rainer im Planungskonzept Wien 1961 entwickelte Modell von »Stadt« in Geist und Inhalt sowie z.T. auch wörtlich dem Ideal-Bild von »Stadt«, welches nationalsozialistische »Stadtplanung« seinerzeit entworfen hatte. Und was noch erschreckender ist: Das ist das »Bild« von »Stadt«, wie es die NS-Planung wünschte, um einen Luftkrieg möglich und führbar zu machen — der Ordnung des Raumes liegt der erwünschte Krieg zugrunde!

Die Worte »und luftschutztechnisch« können getrost vergessen werden, löste doch die »Aufgliederung« bereits ein, was »luftschutztechnisch« gefordert war.

Dörrens weitere »Grundforderungen des Siedlungsaufbaus« in »III. Grundlagen nationalsozialistischer Stadtplanung«, ebd. S. 272 f., lassen die Übereinstimmungen und Ähnlichkeiten der Planungsmaßnahmen des Planko Wien deutlich erkennen:

Die deutsche Stadtplanung hat den klaren und umfassenden Auftrag, ein nationalsozialistisches Gemeinwesen zu schaffen: ... wobei im näheren folgende Grundforderungen des Siedlungsbau einzuhalten sind:

a) Weitgehendes Absetzen der Industrie- und Versorgungsbetriebe von den Wohngebieten [vgl. Planko: »Entmischung«, S. 8, 18, 52, 65 usw.].

b) Aufgliedern der Wohnmasse in möglichst eigenständige Siedlungseinheiten ... [Fortsetzung s.o.; vgl. Planko S. 67 f, 11, 17, 105 usw.].

c) Heranführen der freien Landschaft an alle Wohnkörper einschließlich der Innenstadt, auf daß eine tägliche Berührung mit der Landschaft möglich wird. Einsparen des großen Erholungsverkehrs zum Wochenende und weitgehende Luftschutzmöglichkeiten unterstützen diesen radikalen Eingriff in die heutige Stadtstruktur [vgl. Planko S. 8, 65, 73, 159 usw.].

d) Lenkung der aufzulockernenden Stadtentwicklung in weitgespannten Verkehrs- und Siedlungssträngen und Ausbau der an ihnen angesetzten Wohneinheiten zu voll entwickelten Gemeinschaftszellen. Nur durch die straffe Siedlungslenkung wird eine wirtschaftliche Stadtbildung möglich gemacht. [vgl. Rainers »Subzentren«, »Nebencitys«, »Bezirkszentren«, »Vororte« sowie seine Konzepte »Puchenau« und »Pichling«; weiters Planko S. 10, 18, 80, 68 etc.].

Dörr liefert damit faktisch auch das Konzept der »Gegliederten und aufgelockerten Stadt« — so der »legendäre« Buchtitel von Rainer, Hoffmann und Göderitz 1957.

In »IV. Grundzüge der nationalsozialistischen Großstadt« (ebd. S. 273) charakterisiert Dörr weiter:

Die nationalsozialistische Großstadt ist ein straff gefügter Gliederkörper von eigenständischen landschaftsnahen Siedlungseinheiten.

[vgl. Planko S. 52; Puchenau etc.]

Die Strukturgesetze dieses Gebildes verdichten sich zu einem klaren, gesetzmäßig aufgebauten Raumsystem

[vgl. Rainer: »Den heute entstehenden Stadtbildern fehlt nicht die Abwechslung, sondern die Ordnung, Klarheit, Ruhe und Einheitlichkeit.« Planko S. 140; »Ähnliche allgemein gültige Gesetzmäßigkeiten lassen sich ... erkennen ...«; »Versucht man, die Gebäudehöhe aus den inneren Gesetzmäßigkeiten zu entwickeln ...« Planko S. 139] Dörr:

Das räumliche System der nationalsozialistischen Großstadt ist ein System einiger weniger im Stadtschwerpunkt verankerten, von eigenständischen Siedlungseinheiten besetzten Siedlungszweigen, die zwischen sich weit gespannte Landschaftsstrecken eindringen lassen

— das ist eine ausgezeichnete Beschreibung von Rainers »Gliederungsschema«, Planko S. 68.

Als »Richtschnur aller Stadtplanungsentwürfe« gibt Dörr schließlich an:

Ein System von Siedlungszweigen, bezogen auf den aufzulockernenden Schwerpunkt der bisherigen Stadtentwicklung. (ebd. S. 273)

— das »Planungskonzept Wien« des Jahres 1961 hält sich an diese »Richtschnur aller Stadtplanungsentwürfe« und betreibt die Auflockerung der Innenstadt mittels Entwicklung eines Systems von Neben- oder Subzentren. »Bemerkenswert: Auch die Politik des Jahres 1961 war einhellig begeistert davon.«

## Resümee

1. Im *Planungskonzept Wien des Jahres 1961* ist dem renommierten Architekten und raumordnenden »Stadtplaner« Roland Rainer das Unwahrscheinliche gelungen, der größten Stadt Österreichs ein Entwicklungskonzept für die nächsten 30-50 Jahre zu unterschieben, das zum überwiegenden Teil in den angeführten Planungsbeispielen auf *Pla-*

*nungskonzepte aus der Nazizeit* zurückzuführen ist.

2. Das von Rainer im Planko Wien formulierte *Entwicklungsziel von Stadt* steht in der Tradition jener Stadtplanungs-Ideologien, die eine weitere *Verstädterung unterbinden* wollten und direkt vom nationalsozialistischen Machtssystem für seine *systemstabilisierende Zwecke* übernommen werden konnte.

3. Das Prinzip der *gegliederten und dezentralen Entwicklung der Stadt* wurde von den deutschen Okkupanten in dezidiert kolonialer Absicht dafür eingesetzt, um aus Prag »endgültig« eine »deutsche« Stadt zu machen. Das Modell der »*aufgelockerten*« Stadt wiederum wurde entwickelt um einen Luftkrieg im Zusammenhang eines totalen Krieges führen zu können.

Beide Entwicklungsmodelle von Stadt entbehren nach 1945 jeglicher vernünftigen, objektiv gegebenen Grundlage.

4. Dessenungeachtet werden *nach '45* beide Entwicklungskonzeptionen der Bevölkerung und der Stadt zugemutet, weil

a) Politik und Verwaltung ein eminentes Interesse an möglichst umfassender gesellschaftlicher Regelungskompetenz hatten;

b) Politik und Verwaltung weder willens noch in der Lage waren, die Planung einer inhaltlichen Kontrolle zu unterwerfen;

c) das Verfahren der Raumordnung die Ausschaltung der Bürger garantierte, und

d) das Verfahren der Raumordnung die Reduktion der komplexen gesellschaftlichen Wirklichkeit auf die Einfachheit planbarer Elemente versprach.

5. ) »Stadtplanung«, wie im Fall des Planko Wien als »Raumordnung« betrieben, ist damit ein außerordentlich prekäres gesellschaftspolitisches Regelungsverfahren, weil Raumordnung

a) beansprucht, den *gesamten Lebens- und Wirtschaftsraum ordnen* zu können;

b) im Verbund mit Politik und Verwaltung äußerst eingriffsintensiv ist;

c) mit banalen Ordnungsmodellen operi-



ert und danach die Wirklichkeit gestalten will;

d) es ermöglicht, völlig ungeniert und unauffällig *autoritäre* (siehe Rainers so beliebte »strenge« Ordnung) und sogar *faschistische Ordnungsmodelle* in das Ordnungsverfahren einzubringen: Planungsinhalte aus der NS-Zeit finden ihre optimale Passung im aus der NS-Zeit stammenden Verfahren, und

e) als Verfahren selbst *außer Kontrolle der Beteiligten/Betroffenen* gerät und eine gesellschaftspolitisch bedenklich unkalulierbare Eigendynamik in Richtung Etablierung faschistischer Gesellschaftszustände entwickelt: die betroffenen Bürger werden ausgeschaltet, die *Planer* selber sind zumeist nur politisch unbedarfte, sozial aber diletterierende Gestalter; und Politik, die der »Ordnung« Rechtskraft verleiht, ist unfähig, eine effektive und inhaltliche Kontrolle über das Verfahren auszuüben.

6. Wie gerade auch das Beispiel Rainer im Planko Wien zeigt, gelingt es selbst einem einfallreichen und begabten Konzeptionalisten/Architekten nicht, im Verfahren der Raumordnung zu anderen Planungsinhalten und Verfahrenswesen zu gelangen, als sie seinerzeit dem *erreichten Stand* der Planung von Gesellschaft, Staat und Wirtschaft in der NS-Zeit entsprochen hatten. Offensichtlich produziert das Verfahren der Raumordnung seiner immanenten Logik nach auch entsprechende Planungsinhalte, was bei betroffenen Personen/Protagonisten — wie z.B. Rainer — durchaus zu einem eminenten, aber latenten Unbehagen führt, das zwar die *Inhalte* *erinnerbar* hält, die *faschistische Zeit* allerdings, in der eben jene Inhalte erfolgreich vertreten werden konnten, zur *Verdrängung* und damit auch die Inhalte um ihre kritische Aufarbeitung bringt.

7. Raumordnung/»Stadtplanung« ist damit ein demokratiepolitisch und rechtsstaatlich außerordentlich bedenkliches Verfahren zur Regelung gesellschaftlicher Belange, das zeigt, wie sehr die *Primitivität faschistischer Ordnungsvorstellungen* und Verfahrenswesen auch zukünftige Innovationsmöglichkeiten zu blockieren vermag.

Es ist höchste Zeit für ein anders verfaßtes gesellschaftliches Regelungsver-

fahren — die Bürger sind gerufen, auch wenn Politik nach wie vor der Simplizität des Faschismus zu erliegen scheint.

Interessant wäre es nun freilich zu untersuchen, ob es Rainer in seinen »Gartenstadt«-Konzepten — frei von bestehenden und nach der Bebombung wiederaufgebauten Stadtstrukturen — gelingt, sich von den Schatten der Vergangenheit zu lösen.

[1] A. Schorr, *Citybildung und Bevölkerungsentwicklung in der Berliner City*, Zentralbl. Bauverwaltung 1938, S. 1363

[2] R. Rainer, *Gesundung der großstädtischen Massenquartiere*, Zentralbl. 1940, S. 399

[3] K. Köster, *Energie und Raum in Städtebau und Raumordnung*, Raumf. 1941, S. 399

[4] H. Killus, *Der Totalitätsgedanke im neuen Städtebau*, Monatsh. f. Baukunst u. Städtebau, Berlin 1940, S. 85

[5] F. Wiedemann, Lc. Duelffer J., *Hitlers Städte*, Köln 1978, S. 13

[6] W. Rafelsberger, *Die wirtschaftliche Eingliederung der Ostmark*, Raumf. 1938, S. 401

[7] J. Duelffer, a.a.O., S. 18

[8] R. Wurzer, *Über die Entwicklung der Raumplanung in Österreich*, in: Öst. Ges. f. Raumforschung u. Raumplanung (Hg), *30 Jahre Raumplanung in Österreich*, Wien 1985, 7

[9] Akad. d. Bildenden Künste (Hg), R. Rainer — *Arbeiten aus 65 Jahren*, Salzburg 1990, S. 5, 9

[10] R. Rainer, *Grünflächen der Stadt Wien*, Raumf. 1940, S. 400 f.

[11] R. Rainer, *Die Entwicklung des Wiener Wohnungsbaues*, Zentralblatt 1940, S. 732 f.

[12] R. Rainer, *Die Behausungsfrage*, Wien 1947, 15

[13] Siehe Teil 2, FORVM Dezember 1993

[14] R. Rainer, *Die rechtlichen Grundlagen*, Zentralbl. 1940, S. 639

[15] F. Scharpf, *Planung als politischer Prozeß*, in: *Die Verwaltung* 1/1971, S. 2

[16] H. Singer, *Wiederaufbau heißt Bessermachen*, in: *Wiedergeburt einer Weltstadt*, Vorwort Bgm. F. Jonas, Wien 1965, S. 101

[17] B. Schäfers, U. Podewils, *Steuerung des Verstädterungsprozesses*, in: *Die Verwaltung* 2/1975, S. 193

[18] E. Hamm, *Der Einfluß der neuen politischen und wirtschaftlichen Lage Großdeutschlands auf seine Reichsplanung*, Raumf. 1939, S. 543

[19] J. Umlauf, *Zur Stadtplanung in den neuen deutschen Ostgebieten*, Raumf. 1941, S. 106

[20] D. Steiner, R. Rainer und Wien, in: *Akad. d. Bild. Künste, a. a. O. S. 9*

[21] R. Niemeyer, *Über die Neugestaltung der Städte*, Raumf. 1941, S. 540

[22] W. H. Blocker, *Raumordnung*, Raumf. 1936, 7

[23] J. Umlauf, a.a.O. S. 105

[24] G. Langen, *Siedlungsentwicklung u. Heimatbildung in der Nähe von Großstädten*, Zentralbl. 1937, S. 942

[25] H. Killus, a.a.O., S. 87

[26] R. Niemeyer, *Tagungsbericht*, in: *Raumf.* 1938, S. 500

[27] H. Dörr, *Städtebauliche Grundsätze etc.*, Raumf. 1938, S. 171

[28] R. Rainer, *Die zweckmäßigste Hausform für Erweiterung, Neugründung und Wiederaufbau von Städten*, Forschungsarbeit im Auftrag der Deutschen Akademie für Städtebau, Reichs- und Landesplanung, Arbeitskreis im N.S.B.D.T., Breslau 1944, S. 28

[29] vgl. H. Lackner, *Die Gartenstadt Puchenu*, in: *FS Puchenu*, Puchenu 1993, S. 207

[30] R. Rainer, *Grünflächen der Stadt Wien*, a.a.O., S. 401

[31] Beinahe wörtlich übernommen in das Planko Wien, 1961, S. 32: »Alles, was wir bauen, dient nicht dem Zuwachs an Bewohnern, sondern zusätzlichem Raumbedarf vorhandener Bewohner, dient der Verbesserung der Verhältnisse auf allen Gebieten, dient der Gesundung, also einem Sanierungsbedarf.« Die seinerzeit beabsichtigte Fertilitätsförderung wird freilich nun nicht mehr erwähnt.

[32] 108 R. Rainer, *Die zweckmäßigste Hausform ...*, a.a.O., S. 24

[33] R. Rainer, *Vorwort des Verfassers*, Planko Wien, S. 6

[34] H. Dörr: *Bomben brechen die »Haufen«-Stadt, Stadtplanliche Betrachtung des Luftkriegs, Raumf. 1941, S. 272*

Lizenz dieses Beitrags

Copyright

© Copyright liegt beim Autor / bei der Autorin des Artikels

## Beachten Sie auch:

### ▪ **Raumordnung — Die Kolonialordnung des Faschismus**

Die ordentliche Planungspolitik des III. Reichs — 3. Teil

(<http://contextxxi.org/raumordnung-die-kolonialordnung.html>)

### ▪ **Die Frivolität des Faschismus als Strukturprinzip der Ordnung**

(<http://contextxxi.org/die-frivoli->

[tat-des-faschismus-als.html](http://contextxxi.org/tat-des-faschismus-als.html))

### ▪ **Die »Ordentliche Planungspolitik« des 3. Reiches in der 2. Republik**

Roland Rainer und die Stadtplanung, oder: Der Faschismus läßt schön grüßen

(<http://contextxxi.org/die-ordentliche-planungspolitik.html>)

### ▪ **Gegendarstellungen**

(<http://contextxxi.org/gegendarstellungen-4365.html>)